

(Abg. Langhammer.)

(A) Ich habe nicht die Absicht, mich heute sehr eingehend über die Sache auszusprechen. Ich habe vorhin schon gesagt, daß ich auf die Angelegenheit zurückkommen werde bei Beratung des Dekrets Nr. 12 und namentlich deshalb, um gewisse Zusammenhänge bei der ganzen Wahlrechtsfrage vor dem Lande klarzulegen.

Der Erlaß ist als geheim bezeichnet worden, und der Herr Minister bedauert heute, daß das geschehen ist. Aber der Erlaß, besonders mit seinen Einzelheiten, muß im Lande den Eindruck erwecken, als ob diese Anweisung nicht bloß gegen die sozialdemokratische Presse, sondern überhaupt gegen diejenige Presse gerichtet wäre, welche den Regierungsentwurf, namentlich den zweiten, bekämpft. Es wäre allerdings zweckmäßig gewesen — das ist wohl bei Veröffentlichungen von höherer Stelle in Zukunft überhaupt zweckmäßig —, wenn man sich die Wirkung solcher Mittel vergewärtigte.

Nun muß ich allerdings sagen: der Herr Minister hat heute einen Angriff aus der „Leipziger Volkszeitung“ gegen die Regierung und gegen die Regierungsvorlage vorgetragen. Wir kennen ja die „Leipziger Volkszeitung“ und wissen auch, welchen

(B) Ton diese nicht bloß gegenüber der Regierung, sondern auch gegenüber den bürgerlichen Parteien anzuwenden gewöhnt ist. Ich habe mir in dieser Beziehung ein etwas dickeres Fell angeschafft und rege mich nicht mehr darüber auf. Wir wissen auch, daß die „Leipziger Volkszeitung“ aus dem Rahmen der Sachlichkeit bei allen möglichen Veranlassungen oft heraustritt. Aber, meine Herren, dann wäre es doch auch zweckmäßig gewesen — wenn sich dieser Erlaß und die Einwirkung auf die Herren Amtshauptleute nicht gegen die Presse, namentlich und in erster Linie gegen die sozialdemokratische Presse wenden will —, daß das in dem Erlasse besonders zum Ausdruck gekommen wäre. Wie ich die Herren Amtshauptleute kenne, werden sie den Erlaß anders auffassen, als es der Herr Minister heute gewünscht hat.

Es ist also ganz zweckmäßig gewesen, daß ich hier die Angelegenheit zur Sprache gebracht habe und daß endlich die Herren Amtshauptleute wissen, daß sie ihre Front bei diesem Kampfe vor allem gegen die persönlichen Verunglimpfungen durch die Sozialdemokratie zu richten haben und nicht gegen die Bekämpfung der Vorlage durch die bürgerlichen Parteien. Dieser Kampf muß mit gutem Rechte gegen den Regierungsentwurf fortgeführt werden.

Präsident: Das Wort hat der Herr Vizepräsident (C) Opitz.

Vizepräsident **Opitz:** Meine Herren! Ich so wenig wie der größte Teil des Hauses ist vorbereitet gewesen auf die Rede, die der Herr Abg. Langhammer in bezug auf den Erlaß des Königl. Ministeriums des Innern an die Presse gehalten hat. Infolgedessen bin ich auch nicht in der Lage, bei dieser Gelegenheit gegenüber der Stellungnahme des Herrn Abg. Langhammer die Stellung zu kennzeichnen, die die konservative Fraktion des Hauses einnimmt.

(Zuruf: Lauter!)

Aber ich glaube, sie wird im großen und ganzen mit den Darlegungen einverstanden sein, die ich hier zu geben mir vorgenommen habe.

Der Herr Abg. Langhammer hat seinerseits Anstoß daran genommen, daß von seiten des Königl. Ministeriums ein Erlaß des von ihm vorgetragenen Inhaltes nicht bloß an die Presse ergangen ist, sondern daß das Königl. Ministerium des Innern auch die ihm unterstellten Amtshauptleute dazu aufgefordert hat, im Lande dafür einzutreten, daß die Absichten verwirklicht werden, die die hohe Königl. Staatsregierung in bezug auf die uns vorliegende Wahl-

(D) rechtsfrage verfolgt.

Was das letzte anlangt, daß das Königl. Ministerium nicht befugt sein soll, von seinen Untergebenen zu verlangen, daß von ihnen das vertreten wird, was an höchster Stelle als für das Land wünschenswert verlangt wird, so ist mir das eine ganz neue Behauptung, eine Behauptung, die obendrein auch vom Standpunkte des Liberalismus als berechtigt nicht anerkannt werden kann; denn der Staat mag noch so liberal sein, so wird er in jedem Falle von der Ansicht ausgehen und an dem Grundsatz festhalten müssen, daß die untergestellten Beamten denjenigen Anweisungen zu folgen haben, die von höherer Stelle an sie ergehen. In dieser Beziehung glaube ich die ganze konservative Partei hinter mir zu haben, wenn ich die gegenteiligen Anschauungen, die von Herrn Abg. Langhammer vertreten worden sind, zurückweise.

Aber ich meine, daß auch die Ansichten, die Herr Abg. Langhammer in bezug auf die Einwirkungsbefugnis der Regierung auf die Presse vertritt, nicht mit der Sache, aber auch nicht mit liberalen Anschauungen in Einklang zu bringen sind. Ich erachte meinesorts — und jeder andere wird mit mir hierin